

**29.09.2022**

### **Energiekrise 2022: Forderungen der Wirtschaft in Baden-Württemberg**

Die Energiepreise sind geradezu explodiert. Die Preiseffekte früherer Kostenschocks werden derzeit weit übertroffen. Die Kostensteigerungen sind für die Unternehmen zunehmend unkalkulierbarer, viele Firmen werden bereits jetzt überfordert. Zahlreiche Unternehmen sind nicht in der Lage, den massiven Preisanstieg über eigene Preise zu kompensieren. In konkurrierenden Weltregionen wie z.B. den USA kosten sowohl Strom als auch Gas nur einen Bruchteil des deutschen Preisniveaus. Die Energie-Probleme drohen sich mit Blick auf den nächsten Winter zudem noch zu verschärfen, vom Winter 2023/2024 ganz zu schweigen. Nahezu alle Ökonomen rechnen inzwischen damit, dass Deutschland im Winterhalbjahr wieder in die Rezession rutscht.

Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung fokussieren in erster Linie auf Haushalte und Kleinbetriebe, für den Großteil der Wirtschaft fehlen durchgreifende Maßnahmen zur Abfederung des Energiepreisschocks. Die Unternehmen in Baden-Württemberg und Deutschland sind aber angesichts der explodierenden Energiepreise existenziell bedroht. Es muss jetzt dringend ein auf die Bedürfnisse der Unternehmen geschneidertes Entlastungsprogramm aufgesetzt und in kürzester Frist umgesetzt werden.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist stark und innovationsfähig – wir sind uns aber auch bewusst: Diese Krise wird uns alles abverlangen. Es bedarf daher eines zügigen, beherzten und unerschrockenen Handelns der Politik, um die Folgen des Energiepreisschocks abzufedern, denn: Die Wirtschaft als Ganzes ist systemrelevant! Nicht, zu spät oder nicht ausreichend zu handeln bedeutet eine umfassende und lang andauernde Schwächung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Allgemeinen und Baden-Württembergs im ganz Besonderen. Und damit wären alle Systeme und damit die Gesellschaft massiv betroffen.

**Wir fordern umgehende Maßnahmen in 3 Bereichen:**

**1.) Energiemarkt**

**Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis**

Der europäische Börsenpreis für Strom wird im Kern durch Gaskraftwerke bestimmt, weil sie vergleichsweise schnell hochgefahren werden können, um die in der Spitze schwankende Nachfrage schnell auszugleichen. Das als letztes hinzugeschaltete Kraftwerk bestimmt im EU-Strommarkt-Design den Preis für den gesamten Strommarkt (Merit-Order). Gaskraftwerke produzieren derzeit aber besonders teuer. Sie ziehen damit den Strompreis insgesamt drastisch nach oben.

Daher dürfen – zumindest für eine Übergangszeit – die Grenzkosten von Gaskraftwerken nicht mehr preisbestimmend sein. Damit die Gaskraftwerke bei hoher Stromnachfrage weiter für die Erzeugung bereitstehen, müssen die EU-Mitgliedstaaten die bei ihnen anfallenden Mehrkosten übernehmen.

**Gaspreisdeckelung**

Politik und Wirtschaft müssen in der Gas-Krise „vor die Lage“ kommen. Es ist daher richtig und notwendig, die Gaspreise zu deckeln, um damit einen ungebremsten Preisanstieg und Unternehmensinsolvenzen zu verhindern. Uns ist dabei sehr wohl bewusst, dass dies einen massiven Eingriff in die Marktmechanismen bedeutet. Nach wohl überlegter Güterabwägung sehen wir aber derzeit keinen anderen Weg.

**Staatliche Ko-Finanzierung der Strom-Übertragungsnetzentgelte**

Die Stromnetzentgelte werden stark steigen und mit einer staatlichen Ko-Finanzierung lässt sich dem ohne starke Markteingriffe entgegenwirken.

### **Absenken der Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß**

Für eine gezielte Entlastung der Produktionsprozesse in Unternehmen muss auch die Stromsteuer deutlich abgesenkt werden. Eine Absenkung von 20,50 EUR pro Megawattstunde auf das europäische Mindestmaß von 1,00 Euro pro Megawattstunde erscheint zwingend.

### **Verlängerung des Spitzenausgleichs bei der Strom- und Energiesteuer für energieintensive Unternehmen bis 2024 ausweiten.**

Die vorgesehene Verlängerung des Spitzenausgleichs bis 2023 im Rahmen des dritten Entlastungspaketes reicht bei weitem nicht aus. Notwendig sind eine zweijährige Verlängerung und eine entsprechende Anschlussregelung

### **Ausweitung der Stromproduktion**

Die Dramatik beim Strompreis verlangt, dass vorübergehend wirklich alles, was geht, schnell wieder Strom produziert. Das kommt privaten und gewerblichen Verbrauchern gleichermaßen zugute. Essenziell sind sofortige Entscheidungen und praktische Schritte für eine möglichst große Verbreiterung des Stromangebots durch den schnellen Hochlauf aller Stein- und Braunkohlekraftwerke, die Laufzeitverlängerung aller Kernkraftwerke und die maximale Nutzung der Potenziale erneuerbarer Energien.

### **Keine Energiequelle ungenutzt lassen**

Aktuell benötigen wir alle potenziellen Energiequellen und müssen unvoreingenommen auch neue Formen erschließen. Jede mögliche Kilowattstunde muss produziert werden. Eine rasche Machbarkeitsstudie zu Fracking ist daher dringend geboten.

## **2.) Schnelle und unbürokratische Hilfen**

Viele Unternehmen stehen schon jetzt mit dem Rücken an der Wand. Wir brauchen daher umgehend Programme, die die Liquidität zahlreicher Unternehmen sicherstellen:

Dazu muss das Ukraine-Rückbürgschaftsprogramm flexibler und unbürokratischer ausgestaltet werden.

Es bedarf zusätzlicher Hilfen von Bund und Ländern analog zu den CORONA-Hilfen.

Die Energieversorger müssen durch staatliche Hilfen und Bürgschaften in die Lage versetzt werden, Energie einkaufen sowie entsprechende Risikoaufschläge bei hohen Ausfallrisiken minimieren zu können.

## **3.) Genehmigungspraxis**

Im Falle eines Fuel Switch muss so schnell wie möglich ein rechtssicherer Weiterbetrieb der Anlagen gewährleistet werden. Auch bei Anlagen mit erloschener Genehmigung müssen flexibel und zügig immissionsrechtliche Ausnahmen der zuständigen Genehmigungsbehörden ermöglicht werden.

In beiden Fällen sollte auch ein Weg aufgezeigt werden, ohne förmliche Genehmigung rechtssicher den Wechsel durchzuführen.